

1993

Ausgegeben zu Bonn am 2. Februar 1993

Nr. 4

Tag	Inhalt	Seite
25. 1. 93	Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Dezember 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen	115
20. 11. 92	Bekanntmachung einer Änderung der Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte	121
18. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	123
18. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge	124
18. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erhaltung der antarktischen Robben	125
18. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens und Statuts über die Freiheit des Durchgangsverkehrs	125
18. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)	126
21. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	126
21. 12. 92	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Grenada	127
21. 12. 92	Bekanntmachung des deutsch-indonesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	128
21. 12. 92	Bekanntmachung des deutsch-sambischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	129
21. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens und Statuts über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen	131
22. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme	131
22. 12. 92	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Argentinien	132
22. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	133
23. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren	133
28. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	134
28. 12. 92	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Island	134

(Fortsetzung nächste Seite)

Tag	Inhalt	Seite
28. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe, des Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot, des internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen, des Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen, des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen	135
28. 12. 92	Bekanntmachung über den Geltungs- und Anwendungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	136
30. 12. 92	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit El Salvador	137
5. 1. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, des Übereinkommens über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen, des Übereinkommens über den zwischenstaatlichen Austausch von amtlichen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten, des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen, des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt	138
6. 1. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation	139
6. 1. 93	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Costa Rica	139
6. 1. 93	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Bolivien	140
6. 1. 93	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Jordanien	141
6. 1. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte	142
19. 1. 93	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Sri Lanka	143

Gesetz
zu dem Vertrag vom 18. Dezember 1991
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ungarn
über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen

Vom 25. Januar 1993

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 18. Dezember 1991 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 25. Januar 1993

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Ungarn
über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen**

**Szerződés
a Németországi Szövetségi Köztársaság és
a Magyar Köztársaság között
a vámigazgatások közötti kölcsönös segítségnyújtásról**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Ungarn –

A Németországi Szövetségi Köztársaság
és
a Magyar Köztársaság

im Geiste des Abkommens vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens,

A Vámegyütműködési Tanács létrehozásáról szóló, az 1950. évi december hó 15. napján kelt Egyezmény szellemében,

in der Absicht, die gegenseitigen Beziehungen auch durch eine Zusammenarbeit der Zollverwaltungen zu entwickeln und zu verstärken,

azzal a szándékkal, hogy a kölcsönös kapcsolatokat a vámigazgatások együttműködése által is fejlesszék és elmélyítsék,

in dem Bestreben, durch eine Zusammenarbeit der Zollverwaltungen den Warenverkehr über die Grenzen zu erleichtern und zu beschleunigen,

arra törekedve, hogy a vámigazgatások közötti együttműködéssel a határon keresztül lebonyolódó áruforgalmi megkönnyítések és meggyorsítások,

in der Erwägung, daß Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften die wirtschaftlichen und fiskalischen Interessen beeinträchtigen,

abból a megfontolásból, hogy a vámelőírások megsértése a gazdasági és kincstári érdekeket károsan befolyásolja,

in der Überzeugung, daß die Beachtung der Zollvorschriften im Interesse des loyalen Handels liegt und durch eine Zusammenarbeit der Zollverwaltungen Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften wirksamer bekämpft werden können –

abból a meggyőződésből, hogy a vámelőírások figyelembevétele a lojális kereskedelem érdeke és a vámigazgatások közötti együttműködéssel hatékonyan lehet küzdeni a vámelőírások megsértése ellen,

sind wie folgt übereingekommen:

a következőkben állapodott meg:

Artikel 1

1. cikk

Anwendungsbereich

Alkalmazási terület

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien leisten sich gegenseitig im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Unterstützung nach diesem Vertrag,

(1) A Felek vámigazgatásai illetékességük körében, hazai jogi előírásaiknak megfelelően, ezen Szerződés előírásai szerint kölcsönösen segítséget nyújtanak egymásnak, hogy

a) um den Warenverkehr über die Grenze zu erleichtern und zu beschleunigen,

a) a határon keresztül lebonyolódó áruforgalmat megkönnyítsék és meggyorsítsák;

- b) um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften zu verhindern, zu ermitteln und zu verfolgen,
- c) um eine genaue Erhebung der Zölle und sonstiger Ein- und Ausfuhrabgaben sicherzustellen.

(2) Dieser Vertrag läßt die Zusammenarbeit aufgrund anderer vertraglicher Verpflichtungen unberührt.

Artikel 2 Begriffsbestimmungen

(1) „Zollvorschriften“ im Sinne dieses Vertrags sind alle Rechtsvorschriften über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, die sich auf Zölle oder alle sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben, auf Erstattungen oder Verbote, Beschränkungen und Kontrollen des Warenverkehrs über die Grenzen beziehen.

(2) „Zollverwaltungen“ im Sinne dieses Vertrags sind auf deutscher Seite die Bundeszollverwaltung und auf ungarischer Seite die Zollverwaltung mit den unterstellten Zollbehörden.

(3) „Zollzuwiderhandlungen“ im Sinne dieses Vertrags sind sowohl vollendete als auch versuchte Verstöße gegen die Zollvorschriften.

Artikel 3 Erleichterung der Zollformalitäten

Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien arbeiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags zusammen und treffen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften im gegenseitigen Einvernehmen die erforderlichen Maßnahmen, um Zollformalitäten zu vereinfachen und dadurch den Warenverkehr zwischen beiden Vertragsparteien zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften bleiben unberührt.

Artikel 4 Erteilung von Bescheinigungen, Erfahrungsaustausch

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auf Ersuchen jede Bescheinigung, durch die bestätigt wird, daß Waren, die aus dem Gebiet einer Vertragspartei in das Gebiet der anderen Vertragspartei ausgeführt werden, ordnungsgemäß in das Gebiet der letztgenannten Vertragspartei eingeführt worden sind; in der Bescheinigung werden gegebenenfalls Art und Daten des Zollverfahrens angegeben, zu dem die Waren abgefertigt worden sind.

(2) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte, ob die den Zollbehörden vorgelegten Urkunden und Schriftstücke echt und inhaltlich zutreffend oder gefälscht sind.

(3) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien

- a) tauschen Erfahrungen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten sowie über neue Mittel und Methoden der Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften aus,
- b) unterrichten sich gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Zollvorschriften sowie über die Anwendung technischer Hilfsmittel durch ihre Zollverwaltungen und erörtern andere Fragen von beiderseitigem Interesse.

Artikel 5 Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen einander zur Intensivierung der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung des Schmuggels und illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen auch ohne Ersuchen so schnell wie möglich Auskünfte über

- b) a vámelőírásokat sértő cselekményeket megakadályozzák, felderítsék és üldözzék;
- c) a vámok és egyéb behozatali és kiviteli illetékek pontos kivétele biztosított legyen.

(2) Ezen szerződés más szerződési kötelezettségben foglalt együttműködést nem érint.

2. cikk Fogalmak

(1) „Vámelőírások“ alatt ezen Szerződés alkalmazása során minden olyan, az áruk behozatalára, ki-és átvitelére vonatkozó jogszabályt kell érteni, amelyek vámkokra és egyéb be-és kiviteli illetékekre, térítésekre vagy tilalmakra, a határon keresztül lebonyolódó áruforgalom korlátozására és ellenőrzésére vonatkoznak;

(2) „Vámigazgatások“ alatt ezen Szerződés alkalmazása során magyar részről a Vámigazgatást az alárendelt vámhatósággal együtt, német részről pedig a Szövetségi Vámigazgatást kell érteni;

(3) „Vámjogszabályt sértő cselekmények“ alatt ezen Szerződés értelmében a vámelőírások megsértését, valamint a megsértésre tett kísérletet kell érteni.

3. cikk Vámalakítások megkönnyítése

A felek vámigazgatásai ezen Szerződés rendelkezései szerint együttműködést folytatnak és saját jogszabályaik keretein belül, kölcsönös egyetértésben megteszik a szükséges intézkedéseket annak érdekében, hogy a vámalakításokat egyszerűsítsék és ezáltal a két fél közötti áruforgalmat megkönnyítsék és meggyorsítsák.

Az Európai Közösségek illetékessége érintetlen marad.

4. cikk Igazolások kiadása, tapasztalatcsere

(1) A Felek vámigazgatásai megkeresésre kölcsönösen átadnak egymásnak minden olyan okmányt, amely igazolja, hogy az egyik Fél területéről a másik Fél területére kiszállított árut az utóbb megnevezett Fél területére a szabályoknak megfelelően bevitték; az igazolásban adott esetben közlik annak a vámkezelésnek fajtáját és időpontját, amely eljárásban az árut kezelték.

(2) A Felek vámigazgatásai megkeresésre felvilágosítást adnak egymásnak, hogy a vámhatóságoknak benyújtott okmányok és iratok valódiak-e és tartalmilag helytállóak vagy hamisak.

(3) A Felek vámigazgatásai

- a) kicserélik tapasztalataikat tevékenységükről, valamint a vámelőírást sértő cselekmények elkövetésének új eszközeiről és módszereiről,
- b) kölcsönösen tájékoztatják egymást vámelőírásaik lényeges változásairól, valamint a vámigazgatások által felhasznált technikai segédeszközök alkalmazásáról és megvitatnak más, kölcsönös érdeklődésre számottevő kérdéseket.

5. cikk Kábítószercsempészet elleni harc

(1) A Felek vámigazgatásai megkeresés nélkül is a lehető leggyorsabban közölnek egymással a kábítószerek, pszichotrop anyagok csempészete, illegális kereskedelme megakadályozásának felderítése, üldözésének intenzív tételére minden információt

- a) Personen, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie sich mit dem Rauschgiftschmuggel befassen,
- b) Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie zum Rauschgiftschmuggel verwendet werden.

(2) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen sich gegenseitig auch unaufgefordert Auskünfte über die beim illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen angewandten Schmuggelmethoden und -verfahren sowie über Erfolge neuer Kontrollmethoden.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke dürfen an andere mit der Bekämpfung der Rauschgiftsucht und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befaßte Verwaltungen weitergegeben werden.

(4) Die Vorschriften über die justizielle Rechtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

(5) Suchtstoffe im Sinne dieses Vertrags sind die Stoffe, die unter das Einheits-Übereinkommen von 1961 vom 30. März 1961 über Suchtstoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen. Psychotrope Stoffe im Sinne dieses Vertrags sind Stoffe, die unter das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

Artikel 6

Bekanntgabe, Zustellung von Schriftstücken

(1) Die Zollverwaltung einer Vertragspartei wird auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei unter Beachtung des jeweils geltenden Rechts dem Empfänger alle die Anwendung der Zollvorschriften betreffenden Bescheide und Entscheidungen der Verwaltungsbehörden bekanntgeben oder zustellen.

(2) In einem Bekanntgabeersuchen oder Zustellungersuchen ist abweichend von Artikel 8 eine Sachverhaltsdarstellung erforderlich.

(3) Die Bekanntgabe oder Zustellung eines Schriftstücks wird durch eine mit der Angabe des Bekanntgabetermins oder Zustellungstermins versehene Empfangsbestätigung des Empfängers oder durch eine Bescheinigung der ersuchten Behörde über die Form und die Zeit der Bekanntgabe oder Zustellung nachgewiesen.

Artikel 7

Ertelung von Auskünften, Ermittlungen

(1) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen, insbesondere durch Übersenden von Berichten, Niederschriften oder beglaubigten Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen, alle Auskünfte über festgestellte oder geplante Handlungen, die gegen die Zollvorschriften der ersuchenden Vertragspartei verstoßen oder zu verstoßen scheinen.

(2) Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien führen auf Ersuchen in Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften auch Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durch und teilen das Ergebnis entsprechend Absatz 1 der ersuchenden Zollverwaltung mit.

Artikel 8

Form und Inhalt der Ersuchen

(1) Das Ersuchen ist schriftlich in der Amtssprache der ersuchenden Vertragspartei zu stellen, wobei eine Übersetzung in der Amtssprache der ersuchten Vertragspartei möglichst beizufügen ist. Die zu seiner Durchführung erforderlichen Schriftstücke einschließlich etwaiger ihm zugrunde liegender Verfügungen oder Entscheidungen der zuständigen Behörde sind in Urschrift, Ausfertigung, beglaubigter Ablichtung oder beglaubigter Abschrift beizufügen.

- a) azon személyekről, akikről tudott, vagy gyanúsíthatóak, hogy kábítószercsempészettel foglalkoznak;
- b) azokról a szárazföldi, vízi és légi járművekről, amelyekről tudott, vagy gyanúsítható, hogy azokat kábítószercsempészetre használják.

(2) A Felek vámigazgatásai kölcsönösen, megkeresés nélkül is megadnak minden felvilágosítást a kábítószeres és pszichotrop anyagok illegális kereskedelmében alkalmazott csempészeti módszerekről és eljárásokról, valamint az új ellenőrzési módszerek eredményeiről.

(3) Az 1. és 2. bekezdések szerint kapott felvilágosítások, közlések és iratok továbbadhatók más olyan államigazgatási szerv részére, amely a kábítószeres és pszichotrop anyagok illegális kereskedelme és a kábítószer abuzus elleni harccal foglalkozik.

(4) Bűnügyekben az igazságügyi jogsegély előírásai érintetlenek maradnak.

(5) Ezen Szerződés alkalmazása során kábítószeres azok az anyagok, amelyek az 1961. évi március hó 30. napján kelt Egységes Kábítószer Egyezmény mindenkor hatályos szövege szerint annak minősülnek. Ezen Egyezmény alkalmazása során pszichotrop anyagok azok az anyagok, amelyek az 1971. évi február hó 21. napján kelt, pszichotrop anyagokról szóló Egyezmény mindenkor hatályos szövege szerint annak minősülnek.

6. cikk

Iratok ismertetése, kézbesítése

(1) Az egyik Fél vámigazgatásának megkeresésére a másik Fél vámigazgatása a mindenkor érvényes rendelkezések figyelembevételével a megkereső vámigazgatással ismertet vagy részére megküld minden, a vámelőírások alkalmazásával összefüggő hatósági határozatot felvilágosítást és döntést.

(2) Az ismertetésre/megküldésre vonatkozó megkeresésben a 8. cikktől eltérően a tényállás kifejtése nem szükséges.

(3) Az irat ismertetését/megküldését a címzett dátummal ellátott átvételi elismervényével vagy a megkeresett hatóságnak a rendelkezésre bocsátás formájára és idejére vonatkozó igazolásával bizonyítják.

7. cikk

Információk adása, felderítések

(1) A Felek vámigazgatásai megkeresésre – elsősorban jelentések, feljegyzések, vagy iratok és egyéb okmányok hitelesített másolatainak megküldésével – megadnak egymásnak minden tájékoztatást olyan felderített vagy tervezett cselekményekről, amelyek a megkereső Fél vámelőírásaiba ütköznek vagy ütközhetnek.

(2) A Felek vámigazgatásai megkeresés alapján vámelőírást sértő cselekmények miatt bevezetett eljárásokban felülvizsgálókat, megállapításokat vagy nyomozásokat is folytatnak és ezek eredményeiről az 1. bekezdésnek megfelelően értesítik a megkereső vámigazgatást.

8. cikk

Megkeresés formája és tartalma

(1) A megkeresést írásban kell megküldeni a megkereső Fél hivatalos nyelvén, amelyhez lehetőség szerint csatolni kell a megkeresett Fél hivatalos nyelvén készült fordítást. A végrehajtáshoz szükséges iratokat – beleértve az alapjául szolgáló, illetékes hatóság által hozott rendelkezéseket vagy döntéseket – eredetiben, kiadmányban hiteles fénymásolatban vagy hiteles másolatban kell csatolni.

(2) Das Ersuchen oder die ihm nach Absatz 1 beizufügenden Schriftstücke sollen folgende Angaben enthalten:

- a) die Zollbehörde, bei der das dem Ersuchen zugrunde liegende Verfahren anhängig ist,
- b) die Art und den wesentlichen Sachverhalt des Verfahrens wegen Verdachts von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften,
- c) den Grund des Ersuchens,
- d) Namen, Personaldaten und Anschriften der am Verfahren Beteiligten.

Artikel 9 **Datenschutz**

Soweit personenbezogene Informationen übermittelt werden, sind die Grundsätze des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten zu beachten. Im übrigen gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Die Übermittlung personenbezogener Informationen unterbleibt, soweit Grund zu der Annahme besteht, daß dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Belange der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Die Übermittlung personenbezogener Informationen unterbleibt insbesondere dann, wenn Grund zur Annahme besteht, daß die Verwendung der übermittelten Informationen nicht in Einklang mit rechtsstaatlichen Grundsätzen steht oder dem Betroffenen aus der Verwendung der Informationen erhebliche Nachteile erwachsen, die im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen stehen.
- b) Der Empfänger darf personenbezogene Informationen nur zu den durch die übermittelnde Stelle angegebenen Zwecken und unter den von ihr vorgeschriebenen Bedingungen nutzen.
- c) Personenbezogene Informationen dürfen ausschließlich an Dienststellen des Zolls und, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung erforderlich ist, auch an Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf, mit Ausnahme der in Artikel 5 Absatz 3 geregelten Fälle, nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Informationen und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- e) Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Informationen zu achten. Erweist sich, daß unrichtige oder zu vernichtende personenbezogene Informationen übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- f) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person aufbewahrten Informationen sowie über den Zweck der Aufbewahrung oder Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.
- g) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Informationsaustausches nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist.
- h) Jede Vertragspartei ist verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang personenbezogener Informationen aktenkundig zu machen.

(2) A megkeresésnek vagy az 1. bekezdés szerint csatolandó iratoknak az alábbi adatokat kell tartalmazniuk:

- a) azon vámhatóságot, amelynél a megkeresés alapját képező eljárás folyamatban van,
- b) a vámelőírást sértő cselekmény gyanúja miatti eljárás módját és lényeges tényállását,
- c) a megkeresés alapját,
- d) az eljárás alá vontak nevét, személyi adatait és címét.

9. cikk **Adatvédelem**

Amennyiben e Szerződés végrehajtása során személyes adatok kerülnek átadásra, figyelembe kell venni az 1981. január 28-án kelt Európai Tanács személyes adatok automatikus feldolgozása során alkalmazandó, személyiségvédelemre vonatkozó egyezményének alapelveit. Egyebekben az alábbi rendelkezések érvényesek:

- a) Elmarad a személyes adatok továbbadása, ha ok van annak feltételezésére, hogy ezáltal a belső jogszabály célja vagy az érintett személy védett érdekei szenvednének csorbát. Elmarad a személyes adatok továbbadása akkor is, ha ok van annak feltételezésére, hogy az átadott információk felhasználása nincs összhangban a jogállami alapelvekkel vagy az érintettnek az információk felhasználásából jelentős hátrányai származnának, amelyek ellentmondanak a jogállami alapelveknek.
- b) A személyes adatok címzettje azokat csak a küldő Fél által megadott célra és az általa előírt feltételek mellett használja fel.
- c) Személyes adatokat kizárólag vámszervek és – amennyiben büntetőeljárás célból szükséges – ügyészségek és bíróságok számára is szabad továbbadni. Egyéb szervnek való továbbadás – kivéve az 5. cikk (3) bekezdésében szabályozott eseteket – csak a küldő Fél előzetes hozzájárulásával lehetséges.
- d) A címzett felkérésére tájékoztatja a küldő Felet a továbbított adatok felhasználásáról és az ezáltal elért eredményekről.
- e) A küldő Fél köteles ügyelni a továbbadott adatok helyességére. Ha kiderül, hogy helytelen, vagy megsemmisítendő személyes adatokat továbbítottak, ezt haladéktalanul közölni kell a címzettel. A címzett köteles a helyesbítést vagy megsemmisítést elvégezni.
- f) Az érintett személy számára – kérelemre – felvilágosítást kell adni a személyét illetően őrzött adatokról és a megőrzés vagy tárolás céljáról. Ez a felvilágosítási kötelezettség nem áll fenn, ha a mérlegelést követően kiderül, hogy a felvilágosítás megadása iránti közérdek erőteljesebb, mint az érdekelte személy felvilágosítással kapcsolatos érdeke.
- g) Ha a jelen szerződés szerinti információcsere keretében történő adattovábbítás következtében valaki jogellenes kárt szenved, vele szemben a címzett Fél tartozik felelősséggel a belső jogszabályai szerinti mértékben. A károsulttal szemben nem hivatkozhat a címzett arra, hogy a kárt a küldő Fél okozta.
- h) Mindkét Fél köteles a személyes adatok továbbítását és vételét iratszerűen kezelni.

Artikel 10**Ausnahmen
von der Verpflichtung zur Unterstützung**

(1) Ist die ersuchte Zollverwaltung der Ansicht, daß die Erledigung eines Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung (ordre public) oder andere wesentliche Interessen ihrer Seite zu beeinträchtigen, so kann sie die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder von der Einhaltung bestimmter Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

(2) Wird ein Ersuchen um Unterstützung gestellt, welche die ersuchende Zollverwaltung im umgekehrten Fall zu leisten nicht imstande wäre, so hat sie in dem Ersuchen darauf hinzuweisen. Der ersuchten Zollverwaltung steht es frei, einem derartigen Ersuchen zu entsprechen.

Artikel 11**Verwendung der Unterstützung**

Die Zollverwaltungen beider Vertragsparteien dürfen in ihren Niederschriften, Berichten, Zeugenaussagen sowie bei gerichtlichen Verfahren und Verfolgungen die nach diesem Vertrag erhaltenen Auskünfte und zu Rate gezogenen Schriftstücke als Beweismittel angeben. Der Beweiswert dieser Auskünfte und Schriftstücke sowie ihre Verwendung vor Gericht richten sich nach dem Recht der Vertragspartei, die eine Verwendung vorseht.

Artikel 12**Durchführung der
Unterstützungsmaßnahmen, Erledigung der Ersuchen**

Bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und der Erledigung der Ersuchen sind die Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei anzuwenden.

Dabei gilt die Übermittlung von Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen als eine Art der Auskunftserteilung. Bei Überprüfungen, Feststellungen und Ermittlungen verfährt die ersuchte Zollverwaltung, ohne Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen, so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben handeln würde.

Artikel 13**Geschäftsweg und Zuständigkeit**

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehene Unterstützung findet unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen beider Vertragsparteien statt.

(2) Ist die ersuchte Zollverwaltung einer Vertragspartei für die erbetene Unterstützung nicht zuständig, so unterrichtet sie hiervon die ersuchende Zollverwaltung und leitet das Ersuchen mit deren Zustimmung gegebenenfalls an die zuständige Behörde weiter.

Artikel 14**Kosten**

Der unterstützenden Zollverwaltung werden nur die Aufwendungen erstattet, die ihr bei der Erledigung eines Ersuchens nach diesem Vertrag für Zeugen und Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer entstehen.

Artikel 15**Durchführung des Vertrags**

(1) Die obersten Zollbehörden beider Vertragsparteien erlassen die zur Anwendung dieses Vertrags erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

10. cikk**Segítségnyújtási kötelezettség alóli kivételek**

(1) Ha a megkeresett vámigazgatás véleménye szerint a megkeresés elintézése alkalmas arra, hogy szuverenitását, biztonságát, közrendjét (ordre public) vagy más fontos érdekét károsan befolyásolja, akkor a segítségnyújtást teljesen vagy részben megtagadhatja, vagy bizonyos feltételek vagy meghagyások betartásától függővé teheti.

(2) Ha olyan segítségnyújtási megkeresést küldenek, amelyet a megkereső vámigazgatás fordított esetben nem lenne képes teljesíteni, akkor erre utalni kell a megkeresésében. A megkeresett vámigazgatás dönthet, hogy eleget tesz-e egy ilyen jellegű megkeresésnek.

11. cikk**Segítségnyújtás felhasználása**

A Felek vámigazgatásai irataikban, jelentéseikben, tanuvallo-másaikban, valamint a bírósági eljárások és nyomozások esetén ezen Szerződés szerint kapott információkat és iratokat bizonyítási eszközként tüntethetik fel. Ezen információk és iratok bizonyító ereje, valamint bíróság előtti felhasználása azon Fél joga szerint alakul, amelyik azt felhasználja.

12. cikk**A segítségnyújtási intézkedések
végrehajtása A megkeresés elintézése**

A segítségnyújtási intézkedések végrehajtásánál és a megkeresés elintézésénél a megkeresett Fél jogszabályait kell alkalmazni. Az iratok másolatainak és egyéb okmányoknak a megküldése a felvilágosítás egyik módja. Felülvizsgálatoknál, megállapításoknál és nyomozásoknál a megkeresett vámigazgatás – kényszerintézkedések nélkül, mint a lefoglalás és házkutatás – úgy jár el, mintha saját feladatát végezné.

13. cikk**Hivatali út és illetékesség**

(1) A jelen Szerződésben előírányzott segítségnyújtásra közvetlenül a Felek vámigazgatásai között kerül sor.

(2) Azokban az esetekben, amikor a megkeresett Fél vámigazgatása nem illetékes a kérés teljesítésére, értesíti erről a megkereső vámigazgatást és annak beleegyezésével adott esetben átadja a megkeresést a szükséges hatáskörrel rendelkező szervnek.

14. cikk**Költségek**

A segítséget nyújtó vámigazgatásnak csak azokat a költségeit térítik meg, amelyek a megkeresésnek ezen Szerződés szerinti elintézése során a tanúk és szakértők, valamint szabadfoglalkozású tolmácsok és fordítók tekintetében merülnek fel.

15. cikk**A Szerződés végrehajtása**

(1) A Felek legfelsőbb vámhatóságai adják ki a jelen Szerződés alkalmazásához szükséges végrehajtási utasítást.

(2) Fragen, die sich bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrags ergeben, werden im Bedarfsfall von Vertretern der Zollverwaltungen beider Vertragsparteien mündlich erörtert.

(2) Ezen Szerződés alkalmazásával és értelmezésével kapcsolatos kérdéseket a Felek vámigazgatásainak képviselői szükség esetén szóban megtárgyalják.

Artikel 16

Ratifikation, Inkrafttreten, Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Budapest ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich gekündigt werden.

16. cikk

Megerősítés, életbelépés, felmondás

(1) Ezen Szerződés megerősítésre szorul; a megerősítési okmányokat a lehető leggyorsabban Budapesten cserélik ki.

(2) Ezen Szerződés a megerősítési okmányok kicserélését követő egy hónappal lép hatályba.

(3) A Szerződés határozatlan időre szól. Mindkét Fél részéről 12 hónapos határidővel írásban felmondható.

Geschehen zu Bonn am 18. Dezember 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in ungarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Készült Bonn, 1991 december 18-án, két eredeti példányban, mindkettő német és magyar nyelven, mindkét példány egyaránt hiteles.

Für die Bundesrepublik Deutschland
A Németországi Szövetségi Köztársaság részéről

Lautenschlager
Dr. Theo Waigel

Für die Republik Ungarn
A Magyar Köztársaság részéről
Kupa M.

**Bekanntmachung
einer Änderung der Verfahrensordnung
der Europäischen Kommission für Menschenrechte**

Vom 20. November 1992

Die Europäische Kommission für Menschenrechte hat auf Grund des Artikels 36 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 685) durch Beschluß vom 7. Januar 1992 ihre Verfahrensordnung mit sofortiger Wirkung geändert.

Die durch die Änderung betroffenen Bestimmungen werden nachfolgend mit einer deutschen Übersetzung bekanntgemacht. Im übrigen ist der bisherige Wortlaut der Verfahrensordnung maßgebend geblieben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. August 1991 (BGBl. II S. 838).

Bonn, den 20. November 1992

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Kober

Änderungen
der Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte
Amendments
to the Rules of procedure of the European Commission of Human Rights
Modifications
du Règlement intérieur de la Commission européenne des Droits de l'Homme

(Übersetzung)

Amendments adopted by the Commission on 7 January 1992, entered into force immediately

1. Rule 24 para. 2, amended text:

„2. The composition of Chambers shall be determined by the Commission.“

2. Rule 47 para. 2 (d): deleted.

3. Rule 48 para. 2 (b), amended text:

„b. give notice of the application to the High Contracting Party against which it is brought and invite that Party to present to the Commission written observations on the application. Any observations so obtained shall be communicated to the applicant for any written observations in reply.“

4. Rule 49, amended text:

„1. An application shall be referred to a Chamber unless it has been referred to a Committee under Rule 47 para. 2 (c) or its examination by a Chamber is excluded under Article 20 para. 2 of the Convention.

2. Applications shall normally be referred to the Chamber which includes the member of the Commission elected in respect of the High Contracting Party against which the application has been made.

3. If there is a reasoned request from a party that the application should be referred to the Plenary Commission, that request shall be considered by the Plenary Commission.

4. The members of the Commission shall be informed of the decisions of the Chambers.“

Modifications adoptées par la Commission le 7 janvier 1992, entrées en vigueur immédiatement

1. Article 24 par. 2, nouvelle teneur:

„2. La composition des Chambres est arrêtée par la Commission.“

2. Article 47 par. 2 (d): supprimé.

3. Article 48 par. 2 (b), nouvelle teneur:

„b. donner connaissance de la requête à la Haute Partie Contractante mise en cause et inviter celle-ci à présenter par écrit à la Commission des observations sur la requête. Les observations ainsi obtenues sont communiquées au requérant, qui a la faculté de présenter par écrit ses observations en réponse.“

4. Article 49, nouvelle teneur:

„1. A moins qu'elle ne soit renvoyée à un Comité en vertu de l'article 47 par. 2 (c) du présent Règlement, toute requête est soumise à l'examen d'une Chambre lorsque les prescriptions de l'article 20 par. 2 de la Convention ne s'y opposent pas.

2. En règle générale, les requêtes sont renvoyées à la Chambre dont fait partie le membre élu au titre de la Haute Partie Contractante contre laquelle elles ont été introduites.

3. Lorsqu'une partie demande avec motifs à l'appui qu'une requête soit renvoyée à la Commission plénière, cette demande est soumise à la Commission plénière.

4. Les décisions rendues par les Chambres sont portées à la connaissance des membres de la Commission.“

Die Kommission hat am 7. Januar 1992 mit sofortiger Wirkung folgende Änderungen beschlossen:

1. Artikel 24 Absatz 2 erhielt folgende Fassung:

„(2) Die Zusammensetzung der Kammern wird von der Kommission festgelegt.“

2. Artikel 47 Absatz 2 Buchstabe d wurde gestrichen.

3. Artikel 48 Absatz 2 Buchstabe d erhielt folgende Fassung:

„b) der Hohen Vertragspartei, gegen die sich die Beschwerde richtet, von der Beschwerde Kenntnis geben und sie auffordern, gegenüber der Kommission zur Beschwerde schriftlich Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme wird dem Beschwerdeführer mitgeteilt; dieser kann darauf schriftlich erwidern.“

4. Artikel 49 erhielt folgende Fassung:

„(1) Jede Beschwerde wird einer Kammer zur Prüfung zugewiesen, es sei denn, daß sie nach Artikel 47 Absatz 2 Buchstabe c einem Ausschuß zugewiesen wird oder daß ihre Prüfung durch eine Kammer nach Artikel 20 Absatz 2 der Konvention ausgeschlossen ist.

(2) Eine Beschwerde wird in der Regel der Kammer zugewiesen, der das für diejenige Hohe Vertragspartei gewählte Mitglied angehört, gegen die sich die Beschwerde richtet.

(3) Stellt eine Partei den begründeten Antrag, eine Beschwerde dem Plenum der Kommission zuzuweisen, so wird dieser Antrag vom Plenum der Kommission geprüft.

(4) Die Entscheidungen der Kammern werden den Mitgliedern der Kommission zur Kenntnis gebracht.“

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
Vom 18. Dezember 1992**

I.

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121; 1987 II S. 389) ist nach seinem Artikel XII Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bangladesch	am	4. August 1992
Lettland	am	13. Juli 1992
Türkei	am	30. September 1992

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

"In accordance with the Article I paragraph 3 of the Convention, the Republic of Turkey declares that it will apply the Convention, on the basis of reciprocity, to the recognition and enforcement of awards made only in the territory of another contracting State. It further declares that it will apply the Convention only to differences arising out of legal relationships, whether contractual or not, which are considered as commercial under its national law."

„Nach Artikel I Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Türkei, daß sie das Übereinkommen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden wird, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind. Sie erklärt ferner, daß sie das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, anwenden wird, die nach ihrem innerstaatlichen Recht als Handels-sachen angesehen werden.“

Uganda	am	12. Mai 1992
--------	----	--------------

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

"The Republic of Uganda will only apply the Convention to recognition and enforcement of awards made in the territory of another Contracting State."

„Die Republik Uganda wird das Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen anwenden, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats ergangen sind.“

II.

Slowenien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen notifiziert und gleichzeitig nach Artikel I Absatz 3 erklärt, daß es das Übereinkommen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden wird, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats ergangen sind.

Slowenien erklärte ferner, daß es das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, anwenden wird, die nach seinem innerstaatlichen Recht als Handelssachen angesehen werden.

Damit ist Slowenien mit Wirkung vom 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Übereinkunft geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 5. Oktober 1982 (BGBl. II S. 949) und vom 17. April 1991 (BGBl. II S. 686).

Bonn, den 18. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge
Vom 18. Dezember 1992**

Das Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926) ist nach seinem Artikel 84 Abs. 2 für

Belgien am 1. Oktober 1992
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. März 1992 (BGBl. II S. 268).

Bonn, den 18. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Erhaltung der antarktischen Robben
Vom 18. Dezember 1992**

Das Übereinkommen vom 1. Juni 1972 zur Erhaltung der antarktischen Robben (BGBl. 1987 II S. 90; 1991 II S. 431, 876) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für

Italien	am	2. Mai 1992
Kanada	am	3. November 1990

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Oktober 1992 (BGBl. II S. 1129).

Bonn, den 18. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens und Statuts
über die Freiheit des Durchgangsverkehrs**

Vom 18. Dezember 1992

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. August 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen und Statut vom 20. April 1921 über die Freiheit des Durchgangsverkehrs (RGBl. 1924 II S. 387) notifiziert. Dementsprechend ist Kroatien am 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Februar 1989 (BGBl. II S. 187).

Bonn, den 18. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)**

Vom 18. Dezember 1992

Das Europäische Übereinkommen vom 15. November 1975 über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR) – BGBl. 1983 II S. 245; 1985 II S. 53; 1988 II S. 379 – ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Finnland	am	17. Februar 1992
Norwegen	am	13. Dezember 1992

in Kraft getreten.

Es wird ferner für die

Türkei	am	14. Januar 1993
--------	----	-----------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. November 1991 (BGBl. II S. 1134).

Bonn, den 18. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum
für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung**

Vom 21. Dezember 1992

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 zur Änderung des vorgenannten Übereinkommens (BGBl. 1990 II S. 1670) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 5 und 6 des Änderungsprotokolls für

Argentinien	am	4. September 1992
Bangladesch	am	21. September 1992
Indonesien	am	8. August 1992
Peru	am	30. März 1992

in Kraft getreten.

Das Vereinigte Königreich hat am 1. Juni 1992 die Erstreckung des Übereinkommens auf die Insel Man notifiziert. Gemäß Artikel 10 Abs. 2 des Übereinkommens ist die Erstreckung am 1. Oktober 1992 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. Juli 1976 (BGBl. II S. 1265) und vom 19. Februar 1992 (BGBl. II S. 225).

Bonn, den 21. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Grenada**

Vom 21. Dezember 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Angebot von Konsultationen gemäß Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885), das mit einer an die Regierung von Grenada gerichteten Verbalnote vom 3. September 1992 erfolgte, festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Grenada abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 71).

Bonn, den 21. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Gemeinsames Kommuniqué vom 9. Oktober 1979 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Grenadas über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen
2. Handelsabkommen vom 7. September 1981 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Revolutionären Volksregierung Grenadas
3. Konsularvertrag vom 10. Juni 1982 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Grenada (GBl. II S. 33)
4. Abkommen vom 10. Juni 1982 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Revolutionären Volksregierung Grenadas über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
5. Abkommen vom 10. Juni 1982 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Revolutionären Volksregierung Grenadas über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit

**Bekanntmachung
des deutsch-indonesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 21. Dezember 1992

Das in Jakarta am 17. November 1992 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien
über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 17. November 1992

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Dezember 1992

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Indonesien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Indonesien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik In-
donesien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Republik Indonesien beizutragen,

bezugnehmend auf die Verhandlungen zwischen den beiden
Regierungen vom 11. bis 13. November 1991 in Bonn und auf den
diesbezüglichen Summary Record –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Indonesien, von der Kreditanstalt
für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die von beiden Regie-
rungen ausgewählten

a) Vorhaben

aa) Wasserversorgung Bengkulu

bb) Wasserversorgung Palembang

cc) Wasserversorgung Dumai und Duri

dd) Basisgesundheits- und Ernährungsprogramm (englische
Bezeichnung: Community Health and Nutrition Pro-
gramme)

ee) Dieselmotorkraftwerk Batam II (englische Bezeichnung: Batam
Diesel Power Plant II)

Darlehen bis zu insgesamt DM 105 000 000,- (in Worten:
einhundertfünf Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn
nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden
ist,

b) und für das Vorhaben „Studien- und Fachkräftefonds IV“ einen
Finanzierungsbeitrag bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf
Millionen Deutsche Mark) zu erhalten,

(2) Die in Absatz 1 Buchstaben a und b bezeichneten Vorhaben
können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesre-
publik Deutschland und der Regierung der Republik Indonesien
durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Wird das in Absatz 1 Buchstabe b bezeichnete Vorhaben
durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruk-
tur oder der Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe ersetzt, das die
besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines
Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, an-
derenfalls ein Darlehen gewährt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Be-
dingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie
das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der
Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik
Indonesien zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepu-
blik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Sämtliche Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge erhoben werden, sind von der Regierung der Republik Indonesien zu übernehmen. Dies bedeutet, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Indonesien erhoben werden, befreit ist.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Indonesien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunterneh-

men mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Unternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung oder der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden, wenn die Angebote in etwa vergleichbar sind.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Jakarta am 17. November 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des indonesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Walter Lewalter

Für die Regierung der Republik Indonesien
Wisber Loeis

**Bekanntmachung
des deutsch-sambischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 21. Dezember 1992

Das in Lusaka am 19. Oktober 1992 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 3

am 19. Oktober 1992

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. Dezember 1992

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Eberhard Kurth

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sambia
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Schuldenerlaß)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Sambia –

im Hinblick auf die Entschließung 165 (S-IX) vom 11. März 1978 des Rates der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, in der die Industrieländer ihre Bereitschaft erklären, die Konditionen für noch ausstehende öffentliche Entwicklungshilfekredite an ärmere Entwicklungsländer, insbesondere an am wenigsten entwickelte Länder, den heute üblichen weicheren Konditionen anzupassen oder andere gleichwertige Maßnahmen zu ergreifen,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sambia,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Republik Sambia beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es, die nachstehenden, von der Regierung der Republik Sambia mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, geschlossenen Darlehensverträge über insgesamt 94 410 000,00 DM (in Worten: vierundneunzig Millionen vierhundertzehntausend Deutsche Mark), nämlich

- den Darlehensvertrag vom 28. November 1989 über 6 000 000,– DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 28. November 1989 über 4 000 000,– DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 23. August 1990 über 1 000 000,– DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 20. November 1990 über 5 000 000,– DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 21. Juli 1989 über 410 000,– DM (in Worten: vierhundertzehntausend Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 16. Januar 1990 über 6 000 000,– DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 23. August 1990 über 25 000 000,– DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 13. Februar 1992 über 34 000 000,– DM (in Worten: vierunddreißig Millionen Deutsche Mark),
- den Darlehensvertrag vom 19. Mai 1992 über 5 000 000,– DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) und

– den Darlehensvertrag vom 15. September 1992 über 8 000 000,– DM (in Worten: acht Millionen Deutsche Mark), dahingehend zu ändern, daß

- a) die der Regierung der Republik Sambia gewährten Darlehn mit Wirkung vom 30. Juni 1992 in Zuschüsse umgewandelt werden und damit die ab diesem Zeitpunkt fälligen Rückzahlungen und Zinsen aus diesen Darlehensverträgen erlassen werden;
- b) Zusageprovisionen auf nicht ausgezahlte Beträge aus den vorgenannten Darlehensverträgen ab 30. Juni 1992 nicht mehr in Rechnung gestellt werden.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Sambia darüber hinaus, an Stelle der von ihr am 10. Oktober 1990 zugesagten Darlehn in Höhe von 23 500 000,– DM (in Worten: dreiundzwanzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) und in Höhe von 7 000 000,– DM (in Worten: sieben Millionen Deutsche Mark) Zuschüsse bis zu einer Höhe von insgesamt 30 500 000,– DM (in Worten: dreißig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark), die durch Verträge zwischen der Regierung der Republik Sambia und der Kreditanstalt für Wiederaufbau über die Gewährung von Zuschüssen konkretisiert werden können, zu erhalten.

(3) Aufgrund der Absätze 1 und 2 wird – vorbehaltlich der gemäß Artikel 2 mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträge – auf Rückzahlungen von insgesamt 94 410 000,00 DM (in Worten: vierundneunzig Millionen vierhundertzehntausend Deutsche Mark) zuzüglich Zinsen und Zusageprovision verzichtet. Darüber hinaus kann der in Absatz 2 erwähnte Zuschuß der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bis zu einer Höhe von 30 500 000,– DM (in Worten: dreißig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) durch Zuschußverträge konkretisiert werden.

Artikel 2

Weitere Einzelheiten werden in gesonderten, zwischen der Regierung der Republik Sambia und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu schließenden Verträgen geregelt, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lusaka am 19. Oktober 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
C.-D. Spranger
Dr. Rüdiger Reyels

Für die Regierung der Republik Sambia
Emmanuel Kasonda

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens und Statuts
über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen**

Vom 21. Dezember 1992

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. August 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen und Statut vom 9. Dezember 1923 über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen (RGBl. 1928 II S. 22) notifiziert. Dementsprechend ist Kroatien am 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 9. April 1934 (RGBl. II S. 170) und vom 29. Oktober 1991 (BGBl. II S. 1117).

Bonn, den 21. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme**

Vom 22. Dezember 1992

Bulgarien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 24. Juni 1992 die Rücknahme des bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 10. März 1988 angebrachten Vorbehalts zu Artikel 16 Abs. 1 des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme (BGBl. 1980 II S. 1361) notifiziert.

Slowenien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen notifiziert. Dementsprechend ist Slowenien mit Wirkung vom 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Übereinkunft geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 23. September 1985 (BGBl. II S. 1130), vom 4. Oktober 1988 (BGBl. II S. 1029) und vom 13. Oktober 1992 (BGBl. II S. 1115).

Bonn, den 22. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Argentinien

Vom 22. Dezember 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach Abschluß der Konsultationen auf Grund des Artikels 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) gemäß einer an die Regierung von Argentinien gerichteten Verbalnote vom 14. September 1992 sowie der Antwortnote der argentinischen Regierung vom 28. Oktober 1992 festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Argentinien abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 127).

Bonn, den 22. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Gemeinsame Erklärung vom 28. Mai 1973 über Verhandlungen zur Verwirklichung diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Argentinien
2. Gemeinsame Erklärung vom 25. Juni 1973 über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Argentinien
3. Handelsabkommen vom 30. Mai 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Argentinien
4. Zusatzprotokoll vom 8. August 1977 zum Handelsabkommen vom 30. Mai 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Argentinien.
5. Vereinbarung vom 4. September 1979 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Argentinien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Einnahmen, Gewinnen und Vermögen auf dem Gebiet des internationalen Seeverkehrs
6. Vereinbarung durch Notenwechsel vom 9. März 1979 über Visaerleichterungen für diplomatische Kurier zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Argentinien
7. Vereinbarung durch Notenwechsel vom 30. November 1983 zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Argentinien über die gegenseitige Gewährung der Visaerteilung für Mitglieder der Missionen beider Staaten
8. Kulturabkommen vom 10. Juli 1985 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Argentinien
9. Abkommen vom 10. Juli 1985 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Argentinien über die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit
des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)**

Vom 22. Dezember 1992

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 1. Juli 1970 über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) –BGBl. 1974 II S. 1473– wird nach seinem Artikel 16 Abs. 5 für

Polen am 10. Januar 1993
in Kraft treten.

II.

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 3. August 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen notifiziert. Dementsprechend ist Kroatien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Übereinkunft geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 18. März 1976 (BGBl. II S. 462) und vom 15. April 1980 (BGBl. II S. 717).

Bonn, den 22. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren**

Vom 23. Dezember 1992

Das Europäische Übereinkommen vom 13. November 1987 zum Schutz von Heimtieren (BGBl. 1991 II S. 402) wird nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Dänemark am 1. Mai 1993
nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung, wonach Dänemark nach Artikel 21 des Übereinkommens von dem Vorbehalt zu Artikel 10 Abs. 1 Buchstabe a Gebrauch macht und diese Übereinkunft auf die Färöer und Grönland keine Anwendung finden soll,

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. September 1992 (BGBl. II S. 1091).

Bonn, den 23. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
über konsularische Beziehungen**

Vom 28. Dezember 1992

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am 12. September 1992
Bahrain	am 17. Oktober 1992
Grenada	am 2. Oktober 1992
Namibia	am 14. Oktober 1992.

Ferner hat Slowenien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Übereinkommen notifiziert. Dementsprechend ist Slowenien mit Wirkung vom 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Übereinkunft geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. November 1971 (BGBl. II S. 1285), vom 12. Juni 1992 (BGBl. II S. 458) und vom 11. November 1992 (BGBl. II S. 1177).

Bonn, den 28. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Island**

Vom 28. Dezember 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat gemäß einer an die Regierung von Island gerichteten Verbalnote vom 25. Juni 1992 sowie der in Reykjavik am 24. September 1992 durchgeführten Konsultationen nach Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) festgestellt, daß das Abkommen vom 19./27. Juli 1990 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Island über die Aufhebung der Visapflicht am 3. Oktober 1990 erloschen ist.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Island abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 28. August 1992 (BGBl. II S. 955) und vom 22. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 132).

Bonn, den 28. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe
des Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung
von Regeln über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot
des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen
des Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln
über den Zusammenstoß von Schiffen
des Internationalen Übereinkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen
und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen**

Vom 28. Dezember 1992

Kroatien hat dem Verwahrer am 30. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu den nachstehend aufgeführten völkerrechtlichen Übereinkünften notifiziert:

- a) Internationales Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe (BGBl. 1972 II S. 653, 655);
- b) Übereinkommen vom 23. September 1910 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot sowie das Unterzeichnungsprotokoll hierzu (RGBl. 1913 S. 66, 84);
- c) Internationales Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über die zivilgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen (BGBl. 1972 II S. 653, 663);
- d) Übereinkommen vom 23. September 1910 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen sowie das Unterzeichnungsprotokoll hierzu (RGBl. 1913 S. 49, 84);
- e) Internationales Übereinkommen vom 10. Mai 1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über die strafgerichtliche Zuständigkeit bei Schiffszusammenstößen und anderen mit der Führung eines Seeschiffes zusammenhängenden Ereignissen (BGBl. 1972 II S. 653, 668).

Dementsprechend ist Kroatien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Übereinkünfte geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 4. November 1991 (BGBl. II S. 1129, 1130, 1132, 1133).

Bonn, den 28. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungs- und Anwendungsbereich
des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen
der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

Vom 28. Dezember 1992

I.

Das Abkommen vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen (BGBl. 1954 II S. 639; 1971 II S. 129; 1979 II S. 812; 1988 II S. 979) ist nach seinem Artikel XI §§ 41 und 43 für

Bahrain am 17. September 1992
unter Anwendung auf folgende Sonderorganisationen

in Kraft getreten:

- Internationale Arbeitsorganisation (Anlage I)
- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
(zweite revidierte Fassung der Anlage II)
- Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (Anlage III)
- Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und
Kultur (Anlage IV)
- Internationaler Währungsfonds (Anlage V)
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Anlage VI)
- Weltgesundheitsorganisation (dritte revidierte Fassung der Anlage VII)
- Internationale Seeschifffahrts-Organisation
(revidierte Fassung der Anlage XII)

II.

Nach Maßgabe einer entsprechenden Notifikation vom 27. August 1992 wendet Weißrußland nach Artikel XI § 43 die Bestimmungen des Abkommens mit Wirkung vom 27. August 1992 auf den

Internationalen Währungsfonds (Anlage V)
als weitere Sonderorganisation an.

III.

Bulgarien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 24. Juni 1992 die Rücknahme des bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 13. Juni 1968 angebrachten Vorbehalts zu den §§ 24 und 32 des Abkommens – vgl. Bekanntmachung vom 27. Februar 1970 (BGBl. II S. 122) – notifiziert:

Slowenien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Abkommen unter Anwendung auf folgende Sonderorganisationen notifiziert:

- Internationale Arbeitsorganisation (Anlage I)
- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
(zweite revidierte Fassung der Anlage II)
- Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und
Kultur (Anlage IV)
- Internationaler Währungsfonds (Anlage V)
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Anlage VI)
- Weltgesundheitsorganisation (dritte revidierte Fassung der Anlage VII)
- Weltpostverein (Anlage VIII)

- Internationale Fernmelde-Union (Anlage IX)
- Weltorganisation für Meteorologie (Anlage XI)
- Internationale Finanz-Corporation (Anlage XIII)
- Internationale Entwicklungsorganisation (Anlage XIV)
- Weltorganisation für geistiges Eigentum (Anlage XV)
- Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (Anlage XVI)

Dementsprechend ist Slowenien mit Wirkung vom 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei dieser Übereinkunft geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. April 1966 (BGBl. II S. 288, 327), vom 5. Januar 1967 (BGBl. II S. 740), vom 11. Juli 1973 (BGBl. II S. 1033), vom 24. Oktober 1979 (BGBl. II S. 1157) und vom 28. September 1992 (BGBl. II S. 1096).

Bonn, den 28. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit El Salvador**

Vom 30. Dezember 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Angebot von Konsultationen gemäß Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1991 (BGBl. 1990 II S. 885), das mit einer an die Regierung der Republik El Salvador gerichteten Verbalnote vom 7. September 1992 erfolgte, festgestellt, daß die nachstehend angegebene völkerrechtliche Übereinkunft mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen ist:

„Handelsabkommen vom 17. Dezember 1976 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik El Salvador“

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und El Salvador geschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 134).

Bonn, den 30. Dezember 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten
des Übereinkommens
über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen
des Übereinkommens
über den zwischenstaatlichen Austausch
von amtlichen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten
des Übereinkommens
gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen
des Übereinkommens
zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt
Vom 5. Januar 1993**

Tadschikistan hat am 11. August 1992 dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur notifiziert, daß die nachstehend aufgeführten Übereinkünfte, die von der ehemaligen Sowjetunion ratifiziert worden waren, in Tadschikistan in Kraft bleiben:

- a) Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 1967 II S. 1233; vgl. die Bekanntmachung vom 26. Oktober 1967, BGBl. II S. 2471)
- b) Übereinkommen vom 5. Dezember 1958 über den internationalen Austausch von Veröffentlichungen (BGBl. 1969 II S. 1569; vgl. die Bekanntmachung vom 19. April 1970, BGBl. II S. 206)
- c) Übereinkommen vom 5. Dezember 1958 über den zwischenstaatlichen Austausch von amtlichen Veröffentlichungen und Regierungsdokumenten (BGBl. 1969 II S. 997; vgl. die Bekanntmachung vom 17. Dezember 1969, BGBl. 1970 II S. 15)
- d) Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen (BGBl. 1968 II S. 385; vgl. die Bekanntmachung vom 18. April 1969, BGBl. II S. 956)
- e) das in Paris am 16. November 1972 von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf ihrer 17. Tagung beschlossene Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II S. 213; vgl. die Bekanntmachung vom 14. März 1989, BGBl. II S. 395).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 15. Oktober 1992 (BGBl. II S. 1117) zu a, vom 22. Juli 1985 (BGBl. II S. 888) zu b, vom 23. Juli 1985 (BGBl. II S. 977) zu c, vom 12. November 1992 (BGBl. II S. 1193) zu d und vom 15. Oktober 1992 (BGBl. II S. 1119) zu e.

Bonn, den 5. Januar 1993

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Satzung der Weltgesundheitsorganisation**

Vom 6. Januar 1993

Die Satzung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946 (BGBl. 1974 II S. 43; 1975 II S. 1103; 1977 II S. 339; 1984 II S. 347) ist nach ihren Artikeln 4 und 79 für

Aserbaidshan	am	2. Oktober 1992
Bosnien-Herzegowina	am	10. September 1992
Kasachstan	am	19. August 1992

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. November 1992 (BGBl. II S. 1171).

Bonn, den 6. Januar 1993

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Costa Rica**

Vom 6. Januar 1993

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach Abschluß der Konsultationen aufgrund des Artikels 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) gemäß einer an die Regierung der Republik Costa Rica gerichteten Verbalnote vom 12. Juni 1992 sowie der Antwortnote der costaricani-schen Regierung vom 19. November 1992 festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Costa Rica abgeschlossene völker-rechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 137).

Bonn, den 6. Januar 1993

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Vereinbarung vom 9. Januar 1973 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Costa Rica über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen
2. Handelsabkommen vom 24. Oktober 1979 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Costa Rica

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Bolivien**

Vom 6. Januar 1993

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Angebot von Konsultationen gemäß Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885), das mit einer an die Regierung von Bolivien gerichteten Verbalnote vom 14. September 1992 erfolgte, festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Bolivien abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Januar 1993 (BGBl. II S. 139).

Bonn, den 6. Januar 1993

**Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel**

Anlage

1. Vereinbarung vom 17. September 1973 über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Bolivien
2. Handelsabkommen vom 15. Oktober 1976 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Bolivien
3. Abkommen vom 26. Juni 1985 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Bolivien über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
4. Konsularvertrag vom 24. Oktober 1986 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Bolivien nebst Notenwechsel vom 16. Februar/7. April 1987 (BGBl. 1987 II S. 58, 1988 S. 94)

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Jordanien**

Vom 6. Januar 1993

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Angebot von Konsultationen aufgrund des Artikels 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885), das mit einer an die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien gerichteten Verbalnote vom 7. September 1992 erfolgte, festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Jordanien abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Januar 1993 (BGBl. II S. 140).

Bonn, den 6. Januar 1993

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Notenwechsel vom 17./27. Juni und vom 6. August 1976 zwischen den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, der Botschaft der Syrischen Arabischen Republik und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Jordaniens über die Interessenvertretung jordanischer Staatsbürger durch die Botschaft der Syrischen Arabischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik
2. Gemeinsames Kommuniqué vom 8. Oktober 1973 über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Haschemitischen Königreich Jordanien
3. Abkommen vom 12. Dezember 1983 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über den Handel, die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit
4. Abkommen vom 18. April 1983 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
5. Arbeitsplan vom 6. April 1989 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit in den Jahren 1989, 1990 und 1991

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über bürgerliche und politische Rechte**

Vom 6. Januar 1993

I.

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) ist nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am 13. November 1992
Lesotho	am 9. Dezember 1992.

II.

Slowenien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 1. Juli 1992 seine Rechtsnachfolge zu dem Pakt notifiziert. Dementsprechend ist Slowenien am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Paktes geworden.

III.

Slowenien hat ferner die folgende Erklärung nach Artikel 41 des Paktes abgegeben:

(Übersetzung)

"[The] Republic of Slovenia, in accordance with Article 41 of the said Covenant, recognizes the competence of the Human Rights Committee to receive and consider communications submitted by another State Party to the effect that a State Party claims that another State Party is not fulfilling its obligations under the Covenant."

„[Die] Republik Slowenien erkennt nach Artikel 41 des Paktes die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte zur Entgegennahme und Prüfung der von einem anderen Vertragsstaat vorgelegten Mitteilungen an, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus dem Pakt nicht nach.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Oktober 1992 (BGBl. II S. 1108).

Bonn, den 6. Januar 1993

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Sri Lanka**

Vom 19. Januar 1993

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat durch eine an die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka gerichtete Verbalnote vom 11. September 1992 aufgrund der in Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) vorgesehenen Konsultationen festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Sri Lanka bzw. dem früheren Ceylon abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Januar 1993 (BGBl. II S. 141).

Bonn, den 19. Januar 1993

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Notenwechsel vom 13. September 1961 über die Errichtung einer Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Ceylon
2. Notenwechsel vom 13. Februar 1964 über die Herstellung konsularischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ceylon
3. Notenwechsel vom 16., 18., 28., 29. Juni und vom 1. Juli 1970 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ceylon
4. Abkommen vom 12. März 1971 über die Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ceylon
5. Abkommen vom 12. März 1971 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Ceylons über kulturelle Zusammenarbeit
6. Abkommen vom 9. Oktober 1971 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Ceylons über den Luftverkehr zwischen ihren Staatsgebieten und über diese hinaus nebst Protokoll
7. Protokoll vom 8. Juli 1972 zum Abkommen über die Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Ceylon
8. Handelsabkommen vom 22. Dezember 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Sri Lanka nebst Briefwechsel vom selben Tag über Zahlungen und Kredite.
9. Protokoll vom 6. Juni 1978 über die weitere Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Sri Lanka
10. Abkommen vom 29. Dezember 1983 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (GBl. 1985 II S. 57)*

*) Die Bestimmungen dieses Abkommens sind nach dem 3. Oktober 1990 bis zum 31. Dezember 1990 weiter angewendet worden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,50 DM (6,20 DM zuzüglich 1,30 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1996 A · Gebühr bezahlt

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 503. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Dezember 1992, ist im Bundesanzeiger Nr. 12 vom 20. Januar 1993 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie die Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger (Stammausgabe) Nr. 238 vom 18. Dezember 1992 kann zum Preis von 7,50 DM (5,50 DM + 2,00 DM Versandkosten einschl. 7% Mehrwertsteuer) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto „Bundesanzeiger“ Köln 399-509 (BLZ 370 100 50) bezogen werden.